

# der klassenkampf

marxistisches  
diskussionsorgan

II. Jahrgang  
Nummer 2/3  
Februar-März 1964  
Doppelnummer



Preis der  
Doppelnummer S 6,-  
Jahresabonnement  
(10 Nummern)  
S 30,-  
Für Lehrlinge,  
Mittelschüler  
und Studenten  
S 15,-

## I N H A L T

Zum 45. Todestag Karl Liebknechts  
und Rosa Luxemburges 2

F E B R U A R 1 9 6 4 12

UdSSR:

Krestinskis Rehabilitierung -  
Ein hoffnungsvoller Beginn ? 14

Italiens neue Partei, die PSIUP 15

Drohende Ausweitung des Krieges  
in Südvietnam 18

ALGERIEN:

Der Kongress der F.L.N. 20

Die Revolution in Senegal 21

DISKUSSION:

Weitere Irrungen-Wirrungen 23

=====



ROSA LUXEMBURG — ZUM GEDÄCHNIS

Vor 45 Jahren, am 15. Januar 1919, wurden die beiden größten Köpfe, die die deutsche Arbeiterbewegung nach Marx und Engels hervorgebracht hat, auf bestialische Weise ermordet.

Dieser Schandtat wurde ausgeführt von kaiserlichen Offizieren, welche die Ebert-Noske-Regierung nach Berlin gerufen hatte, um die Bewegung der revolutionären Proletarier niederzuschlagen. Dieser Tod symbolisiert das Geschick der revolutionären Bewegung am Ende des Ersten Weltkrieges in Deutschland. Die beginnende proletarische Revolution wurde von den Führern der sozialdemokratischen Partei enthauptet. Hierdurch hat sich diese Führerschaft mit einer Schuld beladen, welche gleichzeitig die Verantwortung für den Niedergang der deutschen Arbeiterbewegung und der internationalen Revolution des Proletariats mit einschließt. In Deutschland führte diese Politik in einer geraden Linie zum Sieg des Faschismus, doch blieb sie nicht allein auf Deutschland beschränkt, sondern hatte nicht minder verhängnisvolle, schwerwiegende internationale Auswirkungen.

Besonders notwendig ist es, in diesem Zusammenhange auf die Rückwirkungen hinzuweisen, welche die Erdrosselung der deutschen Revolution auf die Entwicklung der Sowjetunion ausgeübt hat. Nach der endgültigen Niederlage der revolutionären Welle in Deutschland im Jahre 1923 setzte in der Sowjetunion der Prozess einer tiefgreifenden Entartung ein. Die Ursache hierfür liegt nicht, wie die sozialdemokratischen Führer glauben machen wollen, im System der proletarischen Diktatur selbst, sondern in dem Umstand, dass die proletarische Revolution in einem Lande isoliert blieb, eine Bedingung, in der schon Lenin den sicheren Tod der Revolution voraussah. Die Verantwortung für diese Entwicklung tragen nicht nur jene Führer, die damals an der Spitze der SPD standen, sondern auch ihre Nachfolger von heute, die sich weigern, die Lehren aus dieser Politik zu ziehen.

Diese Politik ist kein Zufall, sondern das Resultat einer langjährigen Entwicklung in der Politik der Sozialdemokratie, gegen die Rosa Luxemburg über 20 Jahre lang als die schärfste Gegnerin auftrat. Mit ihrem Namen aufs engste verknüpft ist die Geschichte der revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse, die aus dem Zusammenbruch der reformistisch entarteten SPD das revolutionäre Erbe rettete. In vielen hervorragenden Schriften führte sie einen erbitterten Kampf gegen den Revisionismus, welcher aus der kämpferischen sozialistischen Partei eine "demokratisch-sozialistische Reformpartei" (Bernstein) machte. Während die Revisionisten versuchten, den Weg in den Sozialismus als ein "friedliches Hineinwachsen" durch immer neue politische und soziale Reformen darzustellen, wies Rosa Luxemburg in ihrer Schrift "Soziale Reform oder Revolution?" nach, dass der Kampf um die Reformen allein nicht zum Ziele führt, wenn er nicht dem Kampf um die proletarische Revolution untergeordnet ist. Dort schrieb sie:

"Während die Revolution der politische Schöpfungsakt der Klassengeschichte ist, ist die Gesetzgebung das politische Fortvegetieren der Gesellschaft. Die gesetzliche Reformarbeit hat eben in sich keine eigene, von der Revolution unabhängige Triebkraft, sie bewegt sich in jeder Geschichtsperiode nur auf der Linie und so lange, als in ihr der ihr durch die letzte Umwälzung gegebene Fußtritt nachwirkt, oder, konkret gesprochen, nur im Rahmen der durch die letzte Umwälzung in die Welt gesetzte Gesellschaftsform. ..."

Es ist grundfalsch und ganz ungeschichtlich, sich die gesetzliche Reformarbeit bloss als die ins Breite gezogene Revolution und die Revolution als die zusammengedrückte Reform vorzustellen. Eine soziale Umwälzung und eine gesetzliche Reform sind nicht durch die Zeitdauer, sondern durch das Wesen verschiedenen Momente. Das ganze Geheimnis



der geschichtlichen Umwälzung durch den Gebrauch der politischen Macht liegt ja gerade in dem Umschlag der bloss quantitativen Veränderungen in eine neue Qualität. Konkret gesprochen: in dem Übergang einer Geschichtsperiode, einer Gesellschaftsordnung in eine andere.

Wer sich für den gesetzlichen Reformweg, anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht ausspricht, wählt nicht einen ruhigeren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel.....

Die Demokratie ist unentbehrlich, nicht weil sie die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat überflüssig, sondern umgekehrt, weil sie diese Machtergreifung ebenso notwendig wie auch einzig möglich macht.....

Die Notwendigkeit selbst der Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat war ebenso für Marx wie für Engels zu allen Zeiten ausser Zweifel. Und es blieb Bernstein vorbehalten, den Hühnerstall des bürgerlichen Parlamentarismus für das berufene Organ zu halten, wodurch die gewaltigste weltgeschichtliche Umwälzung: die Überführung der Gesellschaft aus den kapitalistischen in sozialistische Formen vollzogen werden kann.

Die ersten praktischen Erfahrungen der sozialistischen Bewegung mit der revisionistischen Theorie wurden in Frankreich gemacht. Nach einer gewaltigen Erschütterung des korrupten bürgerlichen Gesellschaftssystems durch die "Dreyfus-Affäre" trat im Juli 1899 der "Sozialist" Millerand in das bürgerliche Ministerium ein. Für die Revisionisten war dieser Schritt eine geschichtliche Welterwende, sie sahen einen Einbruch in die kapitalistische Frontlinie. Rosa Luxemburg untersuchte eingehend diesen gesamten Fragenkomplex und kritisierte mit äusserster Schärfe die Illusionen der "Ministersozialisten" und ihrer Verteidiger. Einer der ersten Regierungsmassnahmen, für die Millerand die Verantwortung übernehmen durfte, war die Entsendung von Militär zur Niederschlagung von Streiks.

Die russische Revolution von 1905 war deshalb von besonderer Bedeutung für die internationale Arbeiterbewegung, weil sie die erste Revolution im Zeitalter des Imperialismus war, weil an ihr die Arbeiterklasse führenden Anteil nahm und weil sie neue, bis dahin unbekannte Kampf- und Organisationsformen entwickelte: den politischen Massenstreik und die Räte. In der deutschen Sozialdemokratie fand dies seinen Widerhall in einer Belebung der Diskussion über die Methoden des revolutionären Kampfes. Das Verdienst Rosa Luxemburgs war es, dass sie die Bedeutung der neuen, von der russischen Revolution geschaffenen Kampfformen in der hervorragenden Schrift "Massenstreik, Partei und Gewerkschaft" als wesentliche Errungenschaften der internationalen Arbeiterbewegung würdigte:

"So erweist sich der Massenstreik also nicht als ein spezifisch russisches, aus dem Absolutismus entsprungenes Produkt, sondern als eine allgemeine Form des proletarischen Klassenkampfes, die sie aus dem gegenwärtigen Stadium der Entwicklung des Kapitalismus und der Klassenkräfte ergibt. ...  
... wichtig ist es, dass die deutschen Arbeiter die russische Revolution als ihre e i g e n e Angelegenheit zu betrachten lernen, nicht bloss im Sinne der internationalen Klassensolidarität mit dem russischen Proletariat, sondern vor allem als EIN KAPITEL DER EIGENEN SOZIALEN UND POLITISCHEN GESCHICHTE!"

Seinen Höhepunkt fand der Kampf Rosa Luxemburgs gegen den Reformismus im Ersten Weltkrieg. Klar wie nur wenige in der alten sozialdemokratischen Partei erkannte Rosa Luxemburg frühzeitig die drohende Gefahr. Zusammen mit Lenin brachte sie auf dem internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart 1907 den Abänderungsantrag zur Resolution ein, der die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg forderte. Die entscheidenden Sätze in diesem Dokument lauten:



"Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch Anwendung entsprechender Mittel zu verhindern, die sich nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der allgemeinen politischen Situation naturgemäss ändern und steigern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassengesellschaft auszunützen."

Der Kongress nahm diese Resolution an und der Basler Kongress von 1912 bestätigte sie. Wenn in dieser Resolution die Kampfmethoden und -mittel nur ganz allgemein ausgedrückt sind, so lag es daran, weil die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie aus Angst um ihre Legalität eine klarere Formulierung unterdrückten, andernfalls sie den Kongress verlassen hätten. Der 4. August 1914 offenbarte, dass die Versprechen, welche die reformistischen Führer auf den vorangegangenen Kongressen gegeben hatte, nicht mehr als ein Lippenbekenntnis waren. Rosa Luxemburg und nur wenige Genossen mit ihr blieben ihren Grundsätzen treu. Vom ersten Tag des Krieges an führte sie den Kampf gegen den "Sozialpatriotismus". In zahlreichen Gesprächen, Briefen und Artikeln versuchte sie, den Boden für die Durchführung der Beschlüsse, die auf den Vorkriegskongressen gefasst wurden, zu bereiten. Diese Arbeit hatte ihre natürlichen Grenzen sowohl in ihrer Möglichkeit nach als auch in ihren Auswirkungen. Zusammen mit anderen politisch Gleichgesinnten begann sie im Frühjahr 1915 mit der Herausgabe der "Internationale". In der ersten und einzigen Nummer dieser Zeitschrift (Sie wurde sofort nach Erscheinen von der Militärdiktatur verboten) rechnete Rosa mit dem Renegaten des Marxismus, Kautsky, der die sozialistische Internationale lediglich als ein Instrument im Frieden ansah, ab. Bitterer Spott spricht aus den folgenden Worten:

"Im Frieden gelte im Innern jedes Landes der Klassenkampf, nach aussen die internationale Solidarität; im Kriege gelte im Innern die Klassensolidarität, nach aussen der Kampf zwischen den Arbeitern verschiedener Länder: der welthistorische Appell des kommunistischen Manifests erfährt eine wesentliche Ergänzung und lautet nun nach Kautsky's Korrektur: "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch im Frieden und schneidet Euch die Gurgel ab im Krieg!" - also heute. Jeder Schuss ein Russ', jeder Stoss ein Franzos!" und morgen, nach Friedensschluss: "Seid umschlungen, Millionen, diesen Kuss der ganzen Welt!". Denn die Internationale ist "im wesentlichen ein Friedensinstrument, aber kein wirksames Werkzeug im Kriege."..."

Im gleichen Artikel heisst es an anderer Stelle:

"Wenn der Zusammenbruch des 4. August etwas bewiesen hat, so ist es die welthistorische Lehre, dass eine wirksame Bürgschaft des Friedens und ein tatsächlicher Schutzwall gegen den Krieg nicht fromme Wünsche, nicht schlaue ersonnene Rezepte und utopische Forderungen sind, die man an die herrschenden Klassen richtet, sondern einzig und allein der tatkräftige Wille des Proletariats, seiner Klassenpolitik, seiner internationalen Solidarität durch alle Stürme des Imperialismus treu zu bleiben. ... Auch hier gibt es nur ein Entweder - Oder: Entweder Bethmann-Hollweg oder Liebknecht, entweder Imperialismus oder Sozialismus, wie ihn Marx verstand."

Vom gleichen Geiste ist die von Rosa im Jahre 1916 unter dem Namen "Junius-Broschüre" bekannt gewordene Kampfschrift gegen den Krieg getragen. In dieser Schrift unterzieht sie die Kriegspolitik der Sozialdemokratie einer umfassenden Kritik und gelangt zu einem vernichtenden Urteil.



Bis zu diesem Zeitpunkt war die Opposition innerhalb der Sozialdemokratie ohne festere organisatorischen Zusammenschluss. Erst im März 1916 fand sich die mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht solidarischen Kräfte zu einer eigenen Gruppierung zusammen. Auf einer Konferenz in Berlin wurde der Spartakus-Bund gegründet. Gleichzeitig wurde beschlossen, ein regelmässiges Organ herauszugeben. Dieses illegale Organ ist unter dem Namen "Spartakus-Briefe" in die Geschichte der revolutionären Bewegung eingegangen und wurde zum Sammelpunkt der revolutionären Opposition gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus und seiner sozialdemokratischen Mitläufer. Obwohl Rosa Luxemburg seit 1915 willkürlich von der Militärkamarilla von einem Gefängnis ins andere geschleppt wurde, verstand sie es, Möglichkeiten zur Teilnahme an der Arbeit des Spartakusbundes zu schaffen.

Die allseitige Erschöpfung der kriegführenden Mächte rückte die Frage des Friedensschlusses und der Art und Weise, in welcher der Frieden zu erlangen sei, immer mehr in den Vordergrund. Rosa Luxemburg schrieb hierzu die kraftvollen Worte:

"Die sozialistische Friedenspolitik ist heute in folgenden Worten enthalten. Ihr Arbeiter! Entweder machen die bürgerlichen Regierenden Frieden, wie sie den Krieg machten, dann bleibt bei jedem Ausgang des Krieges der Imperialismus die beherrschende Macht und dann geht es unvermeidlich immer weiteren Rüstungen und Kriegen und dem Ruin der Reaktion, der Barbarei, entgegen. Oder ihr rafft Euch zur revolutionären Massenerhebung auf, zum Kampf um die politische Macht, um euren Frieden nach aussen und nach innen zu diktieren. Entweder Imperialismus und rascherer oder langsamerer Untergang der Gesellschaft, oder Kampf um den Sozialismus als einzige Rettung. Ein Drittes, etwas Mittleres gibt es nicht."

Mit grösstem Interesse verfolgte Rosa von der Gefängniszelle aus den Verlauf der russischen Revolution. Ihre ganze Sympathie lag auf der Seite der Bolschewiké.

"Die Leninpartei war somit die einzige in Russland, welche die wahren Interessen der Revolution in jener ersten Periode begriff, sie war ihr vorwärtstreibendes Element, also in diesem Sinne die einzige Partei, die wirklich sozialistische Politik betrieb. Die wirkliche Situation der russischen Revolution erschöpfte sich nach wenigen Monaten der Alternative: Sieg der Konterrevolution oder Diktatur des Proletariats, Kaledin oder Lenin."

"Die Entschlossenheit, mit der Lenin und Genossen im entscheidenden Moment die einzig vorwärtstreibende Lösung herausgegeben haben... hat sie fast über Nacht aus einer verfolgten, verleumdeten, "illegalen" Minderheit, deren Führer sich wie Marat in den Kellern verstecken musste, zu absoluten Herren der Situation gemacht. ...Was eine Partei in geschichtlicher Stunde an Mut und Tatkraft, revolutionärem Weitblick und Konsequenz aufzubringen vermag, das haben Lenin, Trotzki und Genossen vollauf geleistet. Die ganze revolutionäre Ehre und Aktionsfähigkeit, die der Sozialdemokratie im Westen gebrach, war in den Bolschewiki vertreten. Ihr Oktoberaufstand war nicht nur eine tatsächliche Rettung der russischen Revolution, sondern auch eine Ehrenrettung des internationalen Sozialismus."

Diese begeisterte Anerkennung der Oktoberrevolution und ihrer Grundprinzipien verhinderte sie nicht, die bolschewistische Politik in wichtigen Fragen wie in der Agrarreform, Brest-Litowsk, dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen, der Demokratie und des Terrors, einer Kritik zu unterziehen. Diese Kritik wurde von den prinzipiellen Gegnern der Oktoberrevolution, von Leuten, die im eigenen Land die Revolution der Arbeiter mit Waffengewalt erwürgten, von den gestrigen und heutigen Sozialdemokraten, ausgiebig und unaufrichtig benutzt. Als später die Degeneration der UdSSR immer offensichtlicher wurde und die Befürchtungen Rosa Luxemburgs sich zu bestätigen schienen, da griffen auch die ultralinken und die zentristischen Kritiker des Bolschewismus die Beden-



-ken Rosa Luxemburgs gegen die bolschewistische Politik auf. Da dieser Fragenkomplex auch in der heute geführten Diskussion um die Wege und Methoden der sozialistischen Politik von größter Bedeutung ist, müssen wir uns eingehender damit befassen.

Die ersten Bedenken Rosa Luxemburgs galten dem Brester Frieden, da sie befürchtete, dass dieser Friede die Niederlage des deutschen Imperialismus verhindern könne. Ferner befürchtete sie, dass die Bolschewiki diesen Frieden nach innen und aussen beschönigen und als einen Erfolg darstellen und damit in das Intrigenspiel der deutschen imperialistischen Militärcliquen einbezogen würden. Später, als sie die besseren Informationen erhielt, revidierte sie ihren Standpunkt und stellte fest:

"Lenin und seine Freunde täuschten über die Tatsachen weder sich noch andere und gaben die Kapitalution unuzwunden zu..."

Nun erkannte sie auch die Ursachen, welche die russischen Bolschewiki zum Nachgeben gegenüber den deutschen Imperialisten gezwungen hatten und sie schrieb im Spartakusbrief vom Januar 1918:

"Nur die standhafte Kadaverhaltung des deutschen Proletariats hat die russischen Revolutionäre dazu genötigt, mit dem deutschen Imperialismus als der einzigen Macht in Deutschland einen Frieden zu schliessen. Und nur diese Kadaverhaltung hat es dem deutschen Imperialismus ermöglicht, die russische Revolution für sich auszunützen. Der allgemeine Friede lässt sich ohne Umsturz der herrschenden Macht in Deutschland nicht erreichen. Nur mit der Fackel der Revolution, nur im offenen Massenkampf um die politische Macht, um die Volksherrschaft und die Republik in Deutschland lässt sich jetzt das erneute Auflodern des Völkermordes und der Triumph der deutschen Annexionisten verhindern... Die Deutschen Arbeiter sind jetzt berufen, die Botschaft der Revolution und des Freiens vom Osten nach dem Westen zu tragen."

Ein weiterer Punkt, in dem Rosa Luxemburg die bolschewistische Politik in der Oktoberrevolution kritisierte, war die Verwirklichung des Agrarprogramms der Sozialrevolutionäre, d.h. die Aufteilung des Großgrundbesitzes an die Bauern. Sie war der Meinung, man hätte auf alle Fälle den technisch überlegenen Grossgrundbesitz bestehen lassen sollen, um die Sozialisierung der gesamten Landwirtschaft wenn nicht sofort zu verwirklichen, so doch die Ausgangsbasis dafür zu schaffen. Sie stütze sich hier auf die grundsätzliche Position, die Marx in dieser Frage eingenommen hatte. Ihr methodologischer Fehler bestand darin, dass sie übersah, dass Marx ausging von kapitalisierten, mit einer fortgeschrittenen Maschinenteknik ausgestatteten Grossgrundbesitz, den die auf den Gütern beschäftigten Ländarbeiter sofort auf genossenschaftlicher Basis hätten weiterführen können. Anders in Russland. Hier herrschte das halbfeudale Pachtsystem vor, und der Boden des Grundbesitzers wurde meistens nicht von Ländarbeitern, also Lohnproletariern bearbeitet, sondern von abhängigen Kleinbauern. Es fehlte also die technische Basis für eine Grosslandwirtschaft.

Zweitens erfolgte die Landaufteilung gar nicht auf Initiative der Bolschewiki, sondern sie wurde von den Bauern selbst spontan, teils sogar schon vor dem Oktober vollzogen. Die Bauern nahmen den Boden, den sie oft Generationen hindurch bearbeitet hatten und für den sie sehr hohe Pacht zahlen mussten, zum Eigentum. Dies verhindern zu wollen, hätte bedeutet, den Bürgerkrieg gegen die Bauern von Zaun zu brechen.

Die dritte Befürchtung Rosa Luxemburgs, die Bauern würden sofort nach Übernahme des Bodens sich gegen die Bolschewiki stellen, wurde von der tatsächlichen Entwicklung entkräftet. Es waren die Bauernheere und -partisanen, die in der Roten Armee die Revolution verteidigten gegen ihre früheren Gutsbesitzer, deren Rückkehr ihnen das erworbene Land wieder genommen hätte.



Rosa Luxemburg sah die Bedingtheit ihrer Kritik an der bolschewistischen Agrarpolitik sehr wohl ein. In einem Brief an Adolf Warski, mit dem sie jahrzehntelang gemeinsame Arbeit in der polnischen sozialistischen Bewegung verband, schrieb sie Ende 1918, nachdem die Befreiung aus dem Gefängnis ihr die Möglichkeit besserer Einsicht in die Sachlage gegeben hatte:

"Gewiss, die geschaffenen Agrarverhältnisse sind der wundeste Punkt der russischen Revolution. Aber auch hier gilt die Wahrheit: Auch die größte Revolution kann nur das vollbringen, was durch die Entwicklung reif geworden ist. Dieser wundeste Punkt kann nur durch die europäische Revolution geheilt werden..."

In diesen Worten liegt zugleich die Erklärung für die Schwierigkeiten, die sich später in der russischen Agrarpolitik so verhängnisvoll ausgewirkt haben. Lenin begegnete diesen Schwierigkeiten mit der NEP, immer noch voll Hoffnung auf den Sieg der internationalen Revolution, welche einen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten bringen sollte. Doch die internationale Revolution siegte nicht, die UdSSR wurde zum Opfer der bürokratischen Entartung und damit erst war der Weg zu Stalins bürokratischer "Lösung" des Agrarproblems in der Zwangskollektivisierung geöffnet.

Auch in der nationalen Frage irrte Rosa Luxemburg, als sie den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes jeder Nation ablehnte. Gerade die konsequente Durchführung dieses Grundsatzes in der Lenin'schen Nationalitätenpolitik hat grosse Massen in den unterdrückten Völkernschaften innerhalb des Sowjetterritoriums zum politischen Leben erweckt und an die Oktoberrevolution gebunden.

Eine andere Frage, in der Rosa die bolschewistische Politik missverstand, war die Frage der konstituierenden Versammlung. Bekanntlich forderten die Bolschewiki vor dem Oktoberumsturz beharrlich die Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung, der die herrschenden Schichten ebenso hartnäckig aus dem Weg gingen, weil sie darin die Gefahr einer revolutionären Aktivierung der Massen erblickten. Als sich aber die revolutionäre Bewegung der Massen weit über die Ziele der bürgerlichen Verfassungsgebenden Versammlung hinausentwickelte und der allrussische Sowjetkongress die gesamte Macht im Lande übernahm, da wurde die Konstituante nicht nur zu einem Hemmnis der revolutionären Entwicklung, sondern darüber hinaus zu einem Samelpunkt für die kapitalistisch-gutsbesitzerliche Konterrevolution. Deshalb traten die Bolschewiki nun gegen die Konstituante ein. Was hierin zum Ausdruck kommt, ist nicht eine Inkonsistenz der Bolschewiki, sondern ein Widerspruch, wie er im Leben, im Reifeprozess der revolutionären Kämpfe auftritt. Ebenso waren auch nach dem Oktober jene Leute, die sich vorher mit aller Kraft der Einberufung widersetzt hatten, auf einmal dafür. - Zwar hatte Rosa Luxemburg später keine Gelegenheit, ihre Auffassung in dieser Frage publizistisch zu revidieren, aber in der Praxis der deutschen Revolution in ihrem Kampf der Parole der USP, "Räte und Nationalversammlung", hat sie bewiesen, dass die Linie der Bolschewiki auch in diesem Fall anerkannt hat.

Der schwerwiegendste Punkt der Luxemburg'schen Kritik an der bolschewistischen Praxis in der Oktoberrevolution war ihre Befürchtung die Diktatur des Proletariats werde einer Diktatur der Partei und schließlich der Diktatur einer Führergruppe weichen.

Sie schrieb:

"Aber mit den Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muss auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in dem die Bürokratie das allein tätige Element bleibt. Diesen Gesetz entzieht sich niemand. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren... In Grunde also eine Cliquenwirt-



schaft - eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker..."

Hier hören fast alle Kritiker des Bolschewismus auf, Rosa Luxemburg zu zitieren. Bis hierher scheint alles, was Rosa gegen die Bolschewiki schrieb, seine Bestätigung gefunden zu haben, durch die tatsächliche Entwicklung. Und in der Tat weist der heutige Zustand Russlands eine grosse Ähnlichkeit mit dem Bilde auf, das Rosa 1918 gezeichnet hatte. Rosa Luxemburg war keineswegs eine Anhängerin der "reinen Demokratie", d.h. der Gleichberechtigung für die Ausbeuter von gestern. Sie war für entschiedene, gewaltsame revolutionäre Eingriffe in die Eigentums- und politischen Rechte der gestürzten Bourgeoisie. Anders ist eine Diktatur des Proletariats undenkbar. Aber Rosa Luxemburg wollte das Prinzip der Demokratie für die Werkeltziti g o i gewahrt wissen. Sie war für die Kontrolle des Staatsapparates durch die breiten Massen, so wie Lenin es in "Staat und Revolution" entwickelt hatte. Und sie war fest überzeugt, dass auch die Bolschewiki in diesem Sinne gehandelt hätten, wenn nicht andere mächtige Umstände, die ausserhalb ihrer Kontrolle lagen und gegen ihren Willen gerichtet waren, ihnen das Gesetz des Handelns aufzwangen. Sie bringt diesen Gedanken unmittelbar nach ihrer Kritik zum Ausdruck.

"Genau so würden auch sicher die Bolschewiki vorgehen, wenn sie nicht unter dem furchtbaren Zwang des Weltkrieges, der deutschen Okkupation und aller damit verbundenen Schwierigkeiten litten, die jede von den besten Absichten und von den schönsten Grundsätzen erfüllte sozialistische Politik verzerrten müssen."

Diese Stelle verschweigen die "Kritiker" wohlweislich. In den bereits erwähnten Brief an Warski weist Rosa auf die tiefen Zusammenhänge der vor ihr kritisierten bolschewistischen Praxis hin:

"...alle Deine Vorbehalte und Bedenken habe ich auch geteilt, habe sie aber in den wichtigsten Fragen fallen lassen, und in manchen bin ich nicht so weit gegangen wie Du. Terrorismus beweist grosse Schwäche, gewiss, aber er richtet sich gegen innere Feinde, die ihre Hoffnung auf das Bestehen des Kapitalismus ausserhalb Russlands bauen, von ihm Unterstützung und Ermunterung bekommen. Kommt die europäische Revolution, so verlieren die russischen Konterrevolutionäre nicht nur die Unterstützung, sondern was wichtiger ist - auch den Mut. Also ist der russische Terror vor allem ein Ausdruck der Schwäche des europäischen Proletariats."

Damit hat Rosa Luxemburg zwar noch keine erschöpfende Analyse der Bedingungen gegeben, unter denen eine Entartung der proletarischen Diktatur erfolgen würde, aber sie hat mit klarem Sinn die Richtung gezeigt, in der eine solche Analyse erfolgen muss. Ihr grosses Verdienst war es, schon früher als andere die Gefahr der bürokratischen Entartung des Arbeiterstaates erkannt zu haben.

Alle Kritiker der russischen Revolution und des "bolschewistischen Einpartei Staates" ignorieren geflissentlich die Tatsache, dass es in Russland einen Bürgerkrieg gab, dass die Gegner der Bolschewiki nicht "Kritik übten", sondern mit der Waffe in der Hand gegen die Sowjetmacht kämpften, um die Herrschaft der bürgerlichen Konterrevolution zu errichten, dass sie nicht das Schalten und Walten der Führer beanstandeten, sondern auf diese Führer schossen! Wenn darauf hin die Sowjetmacht zu Gegenmassnahmen schritt, so tat sie dies nicht aus freiem Willen, aus ihren politischen Prinzipien heraus, sondern unter dem Gebot der Notwehr. Weder vor noch nach dem Oktoberumsturz planten die Bolschewiki die Ausschaltung ihrer politischen Gegner. Diese verliessen den Boden der Sowjetlegalität, mehr noch, sie trugen durch ihre konterrevolutionären Bestrebungen, welche eine Anspannung aller Kräfte des Landes durch die Sowjetregierung notwendig machten, das Bürgerkriegsregime in die Reihen selbst der bolschewistischen Partei hinein und verschärften damit die Bedingungen, die nach der Niederlage der



Revolution im Westen 1923 zur bürokratischen Entartung führten.

Die Kritik Rosa Luxemburgs steht turmhoch über jener "Kritik", die sowohl von den Sozialdemokraten, als auch von den "Schülern" Rosas an der bolschewistischen Politik geübt wurde. Sie ist zusammengefasst in einer Broschüre die Rosa in der letzten Zeit ihrer Gefängnishaft geschrieben hat. Dieser Umstand erklärt viele in ihr enthaltene Unzulänglichkeiten. Nach den Berichten ihrer engsten Mitarbeiter in den drei Monaten revolutionärer Tätigkeit nach ihrer Befreiung hat sie sich in den meisten Punkten revidiert, so dass auf ihre Veröffentlichung verzichtet und sogar mit dem Gedanken ihrer Vernichtung gespielt wurde. Erst 1922 versuchte Paul Levi seinen Übergang zur Sozialdemokratie durch die Veröffentlichung dieser Schrift eine "theoretische Grundlage" zu geben. Eine vollständige Ausgabe (die erste von Levi beruhte auf einer Abschrift mit zahlreichen sinnentstellenden Fehlern) erschien erst 1939. Diese Tatsache stellt Paul Fröhlich in seiner Luxemburgbiographie richtig.

Auf dem Gipfel ihres revolutionären Schaffens wurde Rosa Luxemburg durch die revolutionäre Erhebung der deutschen Arbeitermassen in der Novemberrevolution getragen. In der ersten Nummer der von ihr und Karl Liebknecht gegründeten "Roten Fahne" umreißt sie die programatischen Leitsätze der Revolution:

"Die Abschaffung der Kapitalsherrschaft, die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, dies und nichts geringeres ist das geschichtliche Thema der gegenwärtigen Revolution...

Aus dem Ziel der Revolution ergibt sich klar ihr Weg, aus der Aufgabe ergibt sich die Methode. Die ganze Macht in den Händen der Masse, in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte...

Ausbau und Wiederwahl der lokalen Arbeiter- und Soldatenräte, damit die erste chaotische und impulsive Geste ihrer Entstehung durch bewussten Prozess der Selbstverständigung über Ziele, Aufgaben und Wege der Revolution ersetzt wird...

Schleunigste Einberufung des Reichsparlaments der Arbeiter und Soldaten, um die Arbeiter ganz Deutschlands als Klasse... zu konstituieren...

Unverzügliche Organisation nicht der "Bauern", sondern der ländlichen Proletariat und Kleinbauern, die als Schicht bisher noch ausserhalb der Revolution stehen...

Bildung einer proletarischen Roten Garde zum ständigen Schutz der Revolution und Heranbildung der Arbeitermiliz...

Sofortige Konfiskation der dynastischen Vermögen und Besitzungen als vorläufig erste Massnahme zur Sicherung der Verpflegung des Volkes, da Hunger der gefährlichste Bundesgenosse der Gegenrevolution ist...

Sofortige Einberufung des Arbeiterweltkongresses, um den sozialistischen und internationalen Charakter der Revolution scharf hervorzuheben, denn in der Internationale, in der Weltrevolution allein ist die Zukunft der deutschen Revolution verankert."

Die Verwirklichung dieses Programms hätte dem deutschen Volk unsäglich Leiden erspart. Es hätte keine Inflation, keine Arbeitslosigkeit, keinen Faschismus, keinen zweiten Weltkrieg und keine Ruinen gegeben. Millionen Menschen wären nicht auf den Schlachtfeldern des imperialistischen Krieges gestorben und statt Hunger und Elend hätten wir heute Wohlstand.



Dass es nicht verwirklicht wurde, hatte verschiedene Ursachen. Die erste und hauptsächlichste Ursache war die Haltung der sozialdemokratischen Führer gegenüber der revolutionären Bewegung, die sie fürchteten und hassten, nach deren Erdrosselung sie von Anfang an trachteten. Wenn sie den revolutionären Massnahmen der Massen die Spitze abbrachen, so entschuldigen sie sich vor der Bourgeoisie selbst für die kleinen Nadelstiche, die sie ihr unter dem Druck der Massen beibrachten. Als man Ebert im Jahre 1924 vorwarf, die Novemberrevolution verschuldet zu haben, da strengte er einen Beleidigungsprozess an und liess den Reichswahrgeneral Groener als Zeugen bestätigen, dass er, Ebert, es war, der im Dezember 1918 über eine geheime Telefonleitung sich mit dem kaiserlichen Hauptquartier in Verbindung setzte, um Truppen zur Niederschlagung der Berliner Arbeiter zu bekommen. Das waren keine "Fehler", sondern aktive Henkerdienste für die Konterrevolution.

Es stellt sich hier aber unwillkürlich die Frage, wieso sich eine so mächtige revolutionäre Massenbewegung einfach verraten liess, wieso es aber den Bolschewiki in Russland, wo dieselben reformistischen Parteien am Werke waren, gelungen ist, die revolutionäre Bewegung zum Siege zu führen. Es ist eine überaus leichte Methode, die Niederlagen immer mit der "Unreife der Massen" zu erklären. Nicht selten rechtfertigen damit manche Führer ihre Unentschlossenheit. Wenn es den russischen Bolschewiki gelungen ist, die Aufgaben des Kampfes zu lösen, welche die deutschen Linken nicht zu lösen verstanden, so ist die Ursache hierfür einzig und allein in der Politik der deutschen Linken selbst zu suchen. Es war hat die Selbstkritik, die in der kommunistischen Partei nach 1918 einsetzte, die Fehler von 1918 eingehend analysiert, aber die grausame Entstellung der Geschichte der deutschen Revolution, die gegenwärtig von den Stalinisten praktiziert wird, hat alle die positiven Erkenntnisse wieder verschüttet.

Eine der Hauptschwächen in der Position der Linken war ihre Unterschätzung der Rolle der Partei als der bewussten Führung der Massen, wie sie in der "Spontanitätstheorie" Rosa Luxemburgs zum Ausdruck kommt. Für Rosa Luxemburg war die Partei "nur die 'sprechenden Personen', d.h. die Dolmetscher des Massenwillens". An einer anderen Stelle spricht sie davon, dass die Führer der Massen "nichts als Mundstücke, als bewusster Ausdruck für die Gefühle und Bestrebungen der Massen" sei. Sie ging so weit, dass sie der Organisation, also auch der Partei einen **a b s o l u t** konservativen Charakter zuspricht:

"...Die Rolle der sozialdemokratischen Leitung ist wesentlich **k o n s e r v a t i v** von Charakter, indem sie erfahrungsgemäss dazu führt, das jedesmal neugewonnene Terrain des Kampfes bis in die äussersten Konsequenzen auszuarbeiten und es bald in ein festes Bollwerk gegen eine weitere Neuerung grossen Stils umzuwandeln."

Sowohl Lenin als auch Rosa waren sich darüber im klaren, dass die Partei in der Revolution von 1905 ihre Aufgabe nicht zur Genüge erfüllt hat. Während aber Lenin sagte, die Partei müsse es lernen, das nächste Mal ihre Aufgaben besser zu erfüllen, blieb Rosa bei der kategorischen Behauptung stehen, eine Partei sei ihrem ganzen Wesen nach nicht zu einer progressiven Rolle fähig. Sie war sogar der Meinung, dass eine Partei auf der Höhe ihrer Aufgaben

"nur dahin gewirkt hätte, die Unabhängigkeit der Einzelkomitees der Partei noch grösser zu machen und eine Entzweiung zwischen der stürmenden Masse und der zaudernden Sozialdemokratie hervorzubringen."

Sie vertrat die Ansicht, dass die Massen aus eigener Kraft den Weg zum Sozialismus fänden. Im Gegensatz dazu hat bereits Marx im kommunistischen Manifest die besondere Rolle der Partei gegenüber den Massen klar-gestellt:



"Sie (die Kommunisten) haben vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus."

Nicht immer hat freilich Rosa Luxemburg ihre Theorie mit solcher Konsequenz zu Ende geführt. Aber in der Praxis führten ihre Anschauungen dazu, dass sie die Initiative zur Schaffung eines organisierten revolutionären Flügels in der deutschen Arbeiterbewegung hatte. Deshalb erfolgte die Gründung der Kommunistischen Partei erst zu einem Zeitpunkt, als der Entscheidungskampf der Massen bereits begonnen hatte. Sie war daher in der Massenbewegung nicht verankert, als sie deren Führung übernehmen sollte und weder organisatorisch noch ideologisch vorbereitet. Sie war von inneren Krisen erschüttert, als rossete Festigkeit und Zielklarheit von ihr verlangt wurde. Die unmittelbaren Probleme der Revolution trussten in der Revolution selbst verliert worden und die Diskussion und die Schwankungen in der Stimmung der Massen ergalzte sich wider ihren zerissenen Charakter - die der Diskussion. So wurde die Partei nicht Führerin der Revolution, sondern nur zum "Sprachrohr" eines unentwickelten Massenbewusstseins. In diesem Sinne trat auch die Politik Rosa Luxemburgs mit zum verhängnisvollen Ausgang der deutschen Revolution bei.

Die Politik der deutschen Linken in der Periode des Ersten Weltkrieges ist kein rein historisches, sondern ein heute überaus aktuelles Problem. Deshalb ist es notwendig, neben den grossen Verdiensten Rosa Luxemburgs um die deutsche und internationale Arbeiterbewegung auch ihre Mängel im richtigen Lichte erscheinen zu lassen.

Wenn wir nun zu einem zusammenfassenden Gesamturteil kommen wollen, so können wir voll und ganz im Recht untersear sein, da Lenin über Rosa Luxemburg gesprochen hat:

"Trotz aller ihrer Fehler war sie und bleibt sie ein Adler!"

~~~~~

Algerien: Zu Beginn dieses Jahres wurden in Algerien die ersten "Pilotes Socialistes" eröffnet - eine Art Konsumvereine, den - die unter Ausschaltung des Eisenhandels vom "Office National du Commerce" der staatlichen Handelsorganisation versorgt werden. Die Eröffnung dieser Geschäfte, die die Bevölkerung weit billiger als die privaten Läden versorgen, ist Teil einer umfassenden Kampagne zur Bekämpfung des infolge der Versorgungsschwierigkeiten nach der Unabhängigkeit immer angewachsenen Spekulantentums.

Selbstverständlich stehen auch diese Läden unter der Arbeiterselbstverwaltung. Die Angestellten hielten bereits eine Generalversammlung zur Wahl der Arbeiterräte und Verwaltungsausschüsse. b. Allerdings sind in Bereinstimmung mit dem besonderen Charakter dieser Unternehmungen, in denen die Arbeiter nur Angestellte, aber nicht Produzenten sind, das in den Verordnungen festgelegte Prinzip der Genossenschaftlichkeit nicht angewandt.

Als weitere Massnahme gegen die Spekulation, wird die Zusammenfassung des Kleinhandels in Genossenschaften eingeleitet.

Am 12. Jänner wurde von der Nationalversammlung ein wichtiges Gesetz angenommen, in dem es unter anderem heisst: "Wer, ob Zivilist oder Militärperson, im Staats-, Landes-, oder Gemeindedienst, der im Dienst einer öffentlichen Einrichtung, einer staatlichen oder gemischten wirtschaftlichen Unternehmung steht, und öffentliche oder private Gelder u.s.w.... wertvolle Objekte (Güter, Waren...) zerstört, veruntreut, verschwendet oder in irgendeiner Form zu einem oder fremden Nutzen an sich nimmt, verfällt einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten bis zu 20 Jahren und einer Geldstrafe von 500 bis zu zwei Millionen neuen Francs."

Im Gesetz sind Ausnahmsbestimmungen vorhanden, die, falls menschliche Unfähigkeit oder Unzulänglichkeit vorliegt, die Straflosigkeit garantiert.



F E B R U A R 1 9 3 4

Vor dreißig Jahren ertranken die illusorischen Hoffnungen der austromarxistischen Führung auf die bürgerliche Demokratie im Blut der Schutzbundkrieger, wurde der Verrat offenbart. Allein aus diesem Erkenntnis ist Bewußtsein der Arbeiterklasse einzuprugen, daß der Tod von nahezu 1000 Arbeitern gerechtfertigt erschienen. Denn über die heftigen Epochen der damaligen Führung der Partei den dreißigsten Jahrestag des heldenhaften Sterbens jener nahezu unvatersprochen zum Anlaß nehmen können, in Form einer gemeinsamen Feier mit den Meritern von damals ihren Willen zur Klassenkollaboration zu manifestieren, sind erscheinend die Opfer des 12. Februar umsonst gefallen.

Das Bekenntnis der liberalen Führung zu (austro-) marxismus war eben nur ein Bekenntnis zur Form des Marxismus, nicht aber zu dessen revolutionärem Inhalt. Denn waren die Otto Bauer und Konsorten Marxisten gewesen, dann hätten sie erkannt, daß die "Demokratie" keine ewige Wahrheit ist, sondern ein der Bourgeoisie in Zeiten wirtschaftlicher Konjunktur mehr oder weniger zureichendes Mittel ist, die verwerflichen Verhältnisse zwischen Ausbeuterklassen und Ausbeuteten Klassen, den Klassenkampf, zu verdecken. Sie hätten erkannt, daß die Bourgeoisie in Zeiten der Krise, wenn die Arbeitslosigkeit der Arbeiterklasse schwacht, die Demokratie nicht mehr will, nicht mehr braucht, sondern ihre verschleierte Form der Klassenantagonismen aufzugeben, zu offenem Kampf greift, der mit den Mitteln des Staatsapparates geführt, die endgültige Vernichtung aller Positionen und Machtmittel der Arbeiterklasse zum Ziel hat.

Man konnte oder man wollte nicht erkennen, daß die Zeit der Krise vorbei und die Zeit der Taten gekommen war. Man setzte die 1918 begonnene Politik der Besetzung und Verdrängung der Arbeiterklasse fort, bis sich diese nicht mehr besoffigen ließ. Bis es zu spät war.

Und als bereits 10000 Schutzbundkrieger, führerlos und in isolierten Gruppen, die keine Verbindung zueinander hatten, keine zentrale Führung, den Kampf begonnen hatten versuchten noch Kanner und Helber, die Rechten in der Parteiführung, die christlichsozialen Bauernführer Reither zu verhindern. Dieselben Leute usurpierten 1943 die Führung der österreichischen Arbeiterklasse. Ihre Nachfolger feiern den 12. Februar mit der ÖVP, aber die die Bourgeoisie ist heute wie heute bereit, wie der Heilzecherführer Rey am 11. Februar 1934 erklärte; "Ganze Arbeit zu leisten".

Otto Bauer und Julius Deutsch nahmen zwar ihren Posten in der von den Kampfgruppen abgeschnittenen Kommunikation ein, doch an der Parteivorstand nach den Ereignissen in Linz mit knapper Arbeit die Auslösung des Generalstreiks an. Die Mobilisierung der Schutzbundkrieger beschränkt hatte. Ohne Rückhalt in der passiven, ihren die Defensive, zu ergreifenden Politik der Sozialdemokratie entzweiteten und zersplitterten Arbeiterklasse der Generalstreik mißlang schon in der ersten Stunde - hatte die verzweifelt und tapfer kämpfende Schutzbundkrieger von der Drohung der staatlichen Exekutive und ihrer faschistischen Hilfsstruppen abgelenkt werden. Die siegreiche Staatsgewalt veranlaßte das Staatsrecht, die Kirche gab ihren Segen dazu. Der bürgerlich-republikanische, offene bürgerlichen Diktator stand nach der Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterklasse, die der Zerschlagung der demokratischen Einrichtungen nach folgte, nichts mehr entgegen. Die letzten bürgerlichen Freiheiten, das Vereins- und Versammlungsrecht, die Pressefreiheit wurden beseitigt. Die Hoffnung, der Glaube und die Zuversicht der Massen auf die Kraft ihrer Organisationen zerbrach in diesen Tagen endgültig. Die Kontinuität der Erziehung



der Massen zum Sozialismus wurde unterbrochen und konnte bis heute nicht wieder, in der Form, wie sie vor 1934 bestanden hatte, wie hergestellt werden. 1945 war der Verrat der Führung wieder vergessen, konnte diese ihre Herrschaft über die Mehrheit der Arbeiterklasse un widersprochen wieder herstellen. Die heutige Sozialistische Partei ist nur ein schwacher Abklatsch der alten Herrlichkeit geworden.

Aber selbst eine soviel besser organisierte und geschulte Arbeiterklasse, selbst eine erheblich weiter links als die heutige österreichische Führung konnte die Arbeiterklasse nicht vor dieser schweren Niederlage bewahren. Gewiß, die österreichische Bourgeoisie war damals stärker als heute, Österreich war von faschistischen Staaten umgeben. Aber der wahre Grund der Niederlage war die Heigerung der Sozialdemokratie, in einer Periode als das relative Klassengleichgewicht in Rahmen der bürgerlichen Demokratie unhaltbar geworden war, der Versuch der unbeschränkten Diktatur der Bourgeoisie die Lösung der Diktatur des Proletariats entgegenzustellen. Statt dessen klammerte man sich an demokratische Formen die so oder so dem Untergang geweiht waren und teilte schließlich ihren Untergang.

Der 12. Februar stellt letzten Endes den endgültigen Bankrott des Reformismus und den Triumph des revolutionären Kampfes dar. Das Beispiel des 12. Februar beweist nicht, die roten 1. die Anhalten, das "Barverfrierens" ist, der nur eine kampflose Kapitulation der Arbeiterschaft in einer ähnlichen Situation bezeugt wurde, sondern beweist die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes an die Macht, bevor es so spät ist wie im Februar 34, als nur sehr wenig Hoffnung zu erwarten war. Die Reaktion wird nicht zögern, sobald sie die Macht dazu hat, erneut die Demokratie zu zuseitigen, aber die Arbeiterschaft darf nicht zögern, im richtigen Augenblick, den Kampf um die Macht, nicht den Kampf um die bürgerliche Demokratie aufzunehmen. Die politische Vorbereitung dieses Kampfes ist die Aufgabe, die heute schon auf der Tagesordnung steht. Die Regierungsübernahme durch die Reformier-Gruppe der ÖVP muß als Signal gewertet werden, es darf einen neuen Februar 1934 mehr geben!

**REDAKTION**

### ANGOLA WILL HILFE VOM OSTBLOCK

Roberto Holden, der Chef der angolanischen Exilregierung, kam heute in Leopoldville (Kongo) an. Als er im Kampf um die Befreiung Angolas von der portugiesischen Herrschaft von China um "anderen kommunistischen Ländern" Hilfe annehmen würde.

Man erwartet, daß Holden, der mal heute als politischer Flüchtling und im wesentlichen für pro-östlich eingestellt hielt, in kurze Peking besuchen wird. Reisen nach Moskau und wahrscheinlich Kiew kommen folgen.

In dem er seine feste Absicht erklärte, von nicht-kapitalistischen Ländern Hilfe anzunehmen, sagt Holden: "Bis jetzt haben wir uns aus der kulturellen Krieg herausgehalten und blieben in Rahmen der afrikanischen Politik. Jetzt sind wir an einem Punkt angekommen, wo eine radikale Änderung unserer Politik notwendig ist, wenn wir in unserem Kampf Fortschritte machen wollen. Ich bin zu dem Schluß gekommen, daß die westlichen Länder heuchlerisch sind. Sie helfen unseren Feinden. Lassen sie ein Lippenbekenntnis zur Selbstbestimmung abgeben, versorgen sie ihren NATO-Bundesgenossen Portugal mit Waffen, die dazu benutzt werden, uns zu töten."

Holden erläuterte seinen Standpunkt weiter: "In unserer derzeitigen Unterstützung müßten wir noch 20 Jahre fortführen zu kämpfen. Nur die Kommunisten können uns das geben was wir brauchen, keines der afrikanischen Länder erzeugt Waffen. Es wäre ein Verrat an leidenden angolanischen Volk, wenn wir uns nicht denen zuwenden würden, die helfen können."



UdSSR:

K R E S T I N S K I S R E H A B I L I T I E R U N G -  
Ein hoffnungsvoller Beginn?

Gegen Ende des letzten Jahres veröffentlichte die "Izvestia" einen bemerkenswerten Artikel von Iwan Maisky, der während der Stalinära russischer Gesandter in London war. Sein Artikel trägt die Überschrift "Ein Diplomat der leninistischen Schule" und ist eine Würdigung des früheren russischen Botschafters in Deutschland, Nikolai Krestinsky.

Krestinsky, der bereits vor der Oktoberrevolution eine hervorragende Rolle gespielt hat, war Mitglied des Zentralkomitees der Partei und später Finanzkommissar. Er war von 1919 bis 1921 einer der drei Sekretäre der Partei. Später wurde er in den diplomatischen Dienst überstellt.

Maisky verfolgt seine Karriere von 1903 bis 1938, d. h. bis kurz vor den Beginn der großen Moskauer Prozesse. Nikolai Krestinsky war eines der Hauptopfer des letzten großen Prozesses im März 1938.

In der Periode der Auseinandersetzungen zwischen dem Zentralkomitee und der linken Opposition gehörte Krestinsky zu den entschiedenen Befürwortern Stalins und war neben Trotzki eine der führenden Gestalten der Opposition. Der unmenschliche Druck, den Stalin auf seine Gegner ausübte, veranlaßte Krestinsky später, vor Stalin zu kapitulieren.

Das verschonte ihn aber nicht davor, ein Opfer der großen Prozesse zu werden. Auf derselben Anklagebank saßen auch Bucharin, der Führer der "Rechtsopposition", und J. W. W. der ehemalige Leiter der GPU, der bis zu seiner Verhaftung willentlich alle Befehle Stalins im Kampf gegen die Opposition durchgeführt und sogar noch die ersten Prozesse vorbereitet hatte.


Die Angeklagten, auch Krestinsky, "gestanden", daß Trotzki mit dem deutschen, englischen und japanischen Nachrichtendienst in Verbindung gestanden hatte. Krestinsky "gestand" außerdem seine eigenen Verbindungen zum deutschen Spionagedienst. Unter dem Druck von Wjatschinsky, einer energiegelichen Persönlichkeit, die in diesen Prozessen die gleiche Rolle spielte, wie Kreisler in den Verhandlungen des faschistischen Volksgerichtshofes, sagte Krestinsky aus, daß er 20 000 Goldmark vom deutschen Spionagedienst erhalten habe, um sie an Trotzki weiterzugeben. Als Gegenleistung sei der deutsche Nachrichtensystemapparat regelmäßig mit landesverräterischen Berichten versorgt worden.

Außerdem "gestanden" die Angeklagten, in großer Umfang Sabotageakte durchgeführt zu haben, bei der 25 000 Pferde umgekommen sein sollen. Schließlich "gestanden" sie auch noch, Maxim Gorki vergiftet zu haben. In der Öffentlichkeit wurden diese "Selbstbezeichnungen" als hirngespinnste sadistische Polizeigeheime aufgefaßt.

Die Opfer der stalinistischen Polizeivillkür, die bislang rehabilitiert wurden, waren in der Regel treue Anhänger Stalins, loyale Stalinisten, deren Liquidation oft unverständlich gewesen ist. Sie wurden von Stalin als mögliche Oppositionelle erledigt.

Aber bei Krestinsky ist das anders. Bis sein Rückgrad gebrochen wurde, war er ein bekannter Linksoptioneller. Es bedeutet nun dieser Artikel in der "Izvestia", der die großen Verdienste Krestinskys hervorhebt, aber diese Tatsache verschweigt?

Chruschtschow weiß natürlich, daß Krestinsky Linksoptioneller war. Wenn er ihn nun durch Maisky lobend hervorheben läßt, könnte dies seine besonderen Gründe haben.

Fortsetzung Seite 17 



## Italiens neue Partei, die PS I J P

Rat: am 11. und 12. Jänner wurde hier ein Kongress des linken Flügels der italienischen Sozialistischen Partei abgehalten, der von etwa 650 Delegierten besucht wurde. Diese Delegierten, von denen jeder ungefähr 250 Mitglieder repräsentierte, entschieden für die Spaltung und bildeten die Italienische Sozialistische Partei der proletarischen Einheit (PSIUP).

Tullio Vecchiotti, der Führer des linken sozialistischen Flügels, hielt den Hauptbericht und wurde am Ende des Kongresses zum nationalen Sekretar der neuen Partei mit ca. 25000 Italienern gewählt. Ein nationales Komitee von 120 Mitgliedern wurde gewählt, welches wiederum ein politisches Büro mit 19 Mitgliedern wählte. Die Partei wird eine wöchentliche Zeitschrift herausgeben. Diese Zeitschrift konnte noch bevor, das gegenwärtige wöchentliche Organ der Sozialistischen Partei, "L'Unità". Es wurde beschlossen, einen nationalen Kongress abzuhalten. Einige Delegierte verlangten die Einberufung dieses Kongresses in der nächsten Zukunft, aber die Führer der neuen Partei beschlossen, ihn "innerhalb eines Jahres" einzuberufen.

Lelio Basso, einer der populärsten Führer der sozialistischen Linken, sagte in einer Rede den Delegierten, daß er sich von seiner Arbeit zurückziehen werde, mindestens zwei Jahre von der politischen Tätigkeit zurückziehen werde.

Mit diesem Kongress fand der lang her erwartete Bruch zwischen der bisher meist rechten Tendenz und der Linken statt. Dieser Bruch begann nach der 20. Parteitag der 1983, als die PSI eintrat, um Italien zur italienischen Kommunistischen Partei (PCI) zu lockern. Mit der PSI durch einen Einheitsfrontpakt verbunden war.

Nenni begann seinen Rückzug nach rechts mit der Erklärung der "Autonomie" der PSI gegenüber der PCI. In der nächsten Zeit, konnte er die Bewegung die "Autonomistische". Sein letztes Ziel war, sich für die Sozialdemokratie anzupassen, was in der Regierungspolitik mit der Christlich-DEMokratischen Partei (DC), der Hauptpartei der Bourgeoisie, übereinstimmte.

Sie hatten nicht die Absicht zu splitten

Der Entschluß der sozialistischen Linken, die PSI zu verlassen und eine neue Partei zu bilden, ist ein beträchtliches Problem und stellt voraus, daß letzten nationalen Kongress der Partei abgelehnt werden sollte, daß die Linken keine Bestrebungen zeigten, die Partei so weit zu treiben, daß es zu einer Spaltung kommen könnte. Anstatt Entscheidungen zu treffen gegen Nennis Ziel, in die Regierung einzutreten, voranzutreiben und klar die Gefahren einer solchen Politik aufzuzeigen, versuchte die Linke Nenni durch eine Verbindung mit der gewählten Regel seiner Tendenz zu beeinflussen.

Vor dem nationalen Kongress, als sich die PSI entschloss, im Parlament bei einer Vertrauensbestimmung sich der Stimme zu enthalten, da es, als die erste Regierung der "linken" oder Linken gebildet wurde, stimmte die Linke nicht gegen die Politik der Führung der Partei, nicht einmal im Zentralkomitee.

Nach dem nationalen Kongress, als sich die Majorität der PSI in einer schnellen Kapitulation entschied, in die Regierung einzutreten, wurde die Führung der Linken mit der folgenden Alternative konfrontiert: Entweder dennoch zu versuchen, in der Partei zu verbleiben und zu protestieren, oder Aktionen gegen die Entscheidung der Führung der Partei zu beginnen, was zur Verletzung der Disziplin führen und den ersten Schritt zur Spaltung bilden würde. Wenn man um jeden Preis in der Partei geblieben wäre, hätte man allmählich die Unterstützung der linken Mitglieder verloren, die entweder einzeln oder in Gruppen die Partei verlassen hätten. Um den Selbstmord zu vermeiden, sagte die Linke der zweiten Möglichkeit folgen.



Die PCI war dagegen

Dies wurde getan, aber nicht ohne Zögern. Ein großes Hindernis lag auf dem Wege, die PCI war aus opportunistischen und taktischen Gründen gegen eine Spaltung der PSI. Der Hauptgrund war, daß eine entzweitgesetzte Stellungnahme die Beziehungen zu den Führern der PSI erschweren könnte. Nach einer Spaltung würden sich teilweise die Differenzen mit der PSI sich verschärfen, wenn man die einzelnen Unionisten in ihren führenden Positionen in der CGIL (allgemeine Föderation der italienischen Arbeiter), der größten gewerkschaftlichen Organisation in Italien, weiter hält, auf der anderen Seite konnte sich die PCI nicht weigern, die sozialistischen Unionisten zu verteidigen, die näher zu ihnen als zur rechten Führung der PSI stehen.

Ein anderes Bedenken war, daß eine neue sozialistische Partei die PCI nach links hinaus überflügeln könnte.

Diese Gesichtspunkte beeinflussten die Führer der sozialistischen Unionen, von denen die meisten der PCI sehr nahe stehen.

Nach langen Diskussionen und Treffen mit ihrer neuen Führung beschloß die linke Führung, sich bei der Vertrauensabstimmung für die Regierung der Stimme zu enthalten. Sie taten das durch einaches Verlassen des Raumes und Bekanntmachen ihrer Position durch eine Deklaration. Die Rechte, die wurde die Frage für eine künftige Ausscheidung und schließlich für eine Kompromiss offen lassen.

Nenni knallt mit der Peitsche

Sie ließen in ihren Überlegungen eine Tatsache außer Acht - Nenni, den verschiedenen Seiten unter Druck (der Öffentlichkeit, einer linken Opposition loszuwerden, Forderungen sozialistischer Kritik nicht zu übersehen der ganzen Regierung zu überleben, Schritt vor Schritt in die Richtung eines Programms für die Einheit, Schwere Disziplinierung für diejenigen, die als linke Parlamentarier und der 7 der 13 der linken verbündet, die die Disziplinierung der linken von der Partei mit für eine Transformation diert, dies ist ein so sehr zu vermeiden, die die der linken, so viel. Die Spaltung konnte nicht mehr vermieden werden.

Vie für eine neue Partei, es es ein Zeichen für die rechtliche Klasse, die sich ein beachtliches Teil der PSI weigerte. Nenni in seine Kapitulation gezwungen der Partei zu folgen. Nenni Basis unter den Arbeitern und Gewerkschaften, so daß soll die Partei voran, daß die Partei die Unionisten mit Unterstützung beginn hatte Nenni, wenn nicht die Unionisten der linken Führung in Zeit zu sein hatte, wenn man zu einem neuen Schlag zu führen. Es soll nach festgehalten werden, daß die parlamentarische Methode der Partei vorzubereiten ihren wirklichen Einfluß im Lande nicht gleichkommen wird.

Die PSI hat jedoch ein starkes Mittel, ihre Stimme unter den Arbeitern hörbar zu machen; ihre Stärke in den Gewerkschaften ist beachtlich (obwohl erwartet werden kann, daß sie dieses Stellen in der CGIL verlieren wird). Es ist nicht ganz klar, wie weit der für Nenni, sondern auch für die Partei, den Führer der CI, ist beschränkt er sich sein, der jeder Unionisten gewankt besteht jetzt. Weitere Differenzierungen entstehen jetzt vor den Augen der italienischen Arbeiterbewegung. Dies wird letztlich die Arbeit der Bürokratie von Führungen erschweren.

Zwei Hauptmöglichkeiten

Für die Zukunft steht die neue Partei vor zwei Hauptmöglichkeiten mit offensichtlich sekundären Variationen. Sie können fortführen, die Kritik an der "Öffnung nach Links" und dem Reformismus zu entwickeln. Alternativ kann das bedeuten, die Politik der Italienischen Kommunistischen Partei von einem Klassenstandpunkt aus zu kritisieren.



Die andere Möglichkeit wäre von einer Person, der ich hier nicht den Vorzug aufzuzeigen, der meinte, die Person sollte aus dem Kreis der PSI geschaffen werden, das würde die PSI nicht zu verstoßen, die Rolle eines Vermittlers oder Verbinders zwischen der PSI und der PS zu spielen. In dieser Zeit wurde die objektive Rolle der PS, trotz der formellen Stellung, in der Substanz dieselbe bleiben wie in der sozialistischen Union während der letzten vier Jahre.

Elemente, wie die erste Arbeit "Der Mensch und die Welt", die von den Fahrern und Mitgliedern in Tübingen vorgetragen wurde, die die Existenz von Differenzen zwischen der Natur und der menschlichen Kultur; die Wichtigkeit von Kommunikation zwischen den politischen Arenen betonen.

Ein großer Fehler, der sich als verhängnisvoll erwiesen hat, ist die pro-Chruschtschowistische Orientierung der Partei der neuen Partei. Ihr Massstab ist der der 1. Ersetzung der kommunistischen Partei ganz ähnlich.

Bei der Einschätzung der politischen Erschütterung der italienischen Politik durch die Bildung der DCEP sind zwei symptomatische Reaktionen wert festzustellen zu werden. Die Sozialdemokratische Partei hat sich als einen hilflosen Akteur, der ihr in der Krise der italienischen Politik, die PCI letzte Verlorenheit in den T.

2. Daß der Stellungsbefehl "Dienst", am 12. 12. 1940 ausgestellt wurde, vor  
zeitiger oder richtiger Abreise des Betroffenen, sowohl in der Zeit, als  
auch der Zeit, in der der Befehl ausgestellt wurde, in Kraft war.

Am 14. Jänner veröff. ntlicht "L'ntitz" einlich einen Leit stit. Die er-  
kl'rt ihr dreit'giges Schreiben, indem sie sagte, daB die G. nicht  
"einmal, oder Jene Art in die Interessen der Arbeiter einen neuen  
Arbeiter rtel" einrichten sollte, weil sie sich nicht f'hrten f'hr die  
Erhaltung; und zwar hat in Hitter die G. geantwortet, daB die G. die  
positive Antwort sei, schreibe die Hitter "L'ntitz" eine  
schon erzliche T'at und in die so beantwortet vor, daB sie "schon in  
einem Arbeiter, wenn nicht noch, schreiben, protestiert, setzt."

XXXXXX XXXXXX XXXX XX

5. 1. 2019. 12:00

## Fortsetzung von Seite 14

Chruschtschow und die ganze Führung der KPdSU und des Sowjetstaates wissen sehr genau, dass diese Angeklagten Opfer der Prozesse waren und vertretbar geschädigt sind. Sollte die Rehabilitierung Angeklagter der erste Schritt sein, auch die anderen, die inkompositionierten Angeklagten dieser Schauprozesse zu rehabilitieren?

Mit freundlicher Genehmigung der Nr. 1/64 der Zeitschrift "Sozialistische Politik", abn. entnommen.

Die vorliegende Nummer des "Klassenkampf" tritt aus technischen Gründen später als vorgesehen erscheinen. Wir bitten Sie, diese Verzögerung zu entschuldigen, die darauf zurückzuführen ist, daß der "Klassenkampf" von keiner politischen Gruppe subventioniert wird und nur durch die Hilfe seiner Leser und Freunde erhalten wird. Helfen auch Sie an der weiteren Erhaltung unserer Zeitschrift mit, indem Sie Abonnement beschließen.

### Die Reaktion



### Drohende Ausweitung des Krieges in Südvietnam

Seit dem Sturz des von den Amerikanern gestützten Diktators Diem verschärft sich die Lage in diesem Land. Staatsstreich folgt auf Staatsstreich. Die nach der Flucht von Diem zur Macht gelangten Militärjunta wurde jetzt auf Befehl der amerikanischen Militärmission abgesetzt und durch den General Nguyen Khanh ersetzt. Dieser ist ein Werkzeug in den Händen des US-Generals Paul Harkins und geeignet, ein Diktator von der Art Diem zu werden.

Der US-Verteidigungsminister McNamara begibt sich nun zum viertenmal nach Saigon, um die besorgniserregende Lage an Ort und Stelle zu inspizieren. In der internationalen Presse wird offen von einer bevorstehenden Änderung der amerikanischen Politik in Südvietnam gesprochen. Die US-Militäre in Südvietnam sind überzeugt, dass die einheimischen Truppen allein nicht in der Lage sind, den Vietkong zu besiegen. Die Pläne zielen auf eine Ausweitung des Krieges auf Nordvietnam und den Einsatz der US-Pazifikflotte ab. Die Sowjetregierung hat sofort in einer scharfen Erklärung gegen diese internationalen Pläne in Bezug auf eine Ausweitung des schmutzigen Krieges in Südvietnam protestiert und auf die schweren Folgen einer solchen Politik hingewiesen. Auch die Volksrepublik China hat in ähnlicher Weise reagiert und darauf hingewiesen, dass eine Ausweitung des Krieges das Ergebnis des Bankrotts der imperialistischen Politik und militärischen Intervention der USA in Vietnam und Südvietnam darstellen.

Die Vietkong-Gruppen genießen den Kampf gegen die Regierungstruppen der Bevölkerung des Landes. Die Kämpfer stammen vor allem aus den jüngeren Jahrgängen der armen Bevölkerung. Sie sind politisch und militärisch für den Guerillakrieg ausgebildet und befinden sich seit September in einer großangelegten Offensive gegen die Regierungstruppen und ihre amerikanischen Berater. Die USA halten seit Jahren 15.000 Mann hochgeschulte Spezialtruppen im Kampf. Die Kampfeslust, Feindschaft und Idealismus der Regierungstruppen zwingt sie zu einem immer stärkeren Einsatz ihrer eigenen militärischen Kräfte. Ihre Verluste werden immer größer. Diese Tatsache zwingt die US-Militärjunta zu neuen Maßnahmen. Die Guerillakämpfer setzen sich unter dem Deckmantel der "strategischen Offensive", die ihnen ihre Verfechter zuschreiben, zu, zu größeren Angriffen, gerückt und fallen in vielen, oft kleinen Gefechten, den amerikanischen Helikoptern herab, zerstören deren Stützpunkte, zerstören Verkehrswege. In der Vorbereitung der "strategischen Offensive" werden sie folgende Taktiken an: Sie sammeln sich des Nachts an die Vorposten der Regierungstruppen heran, verwickeln die Truppen in einen politischen Kampf - sie nennen das das "Annehmen" der Festung - und suchen im Inneren der Dörfer ihre Anhänger sammeln und die für den bevorstehenden Kampf vorbereiten. Wenn dann die Situation reif ist, geben sie ihren regulären Kräften den Befehl zum Angriff. Die Guerillas greifen dann die regulären militärischen Posten an, die in der Umgebung im Inneren der Dörfer abgestellt sind. Gleichzeitig die dort stationierten Diem-Soldaten. Sofort nach der Befreiung eines Dorfes werden diese jetzt für den Guerillakampf in der Umgebung eingesetzt und die verfallene Bevölkerung wird zur Unterstützung des Vietkong herangezogen. Die Guerillas kämpfen sofort wieder mit der Befreiung des Landes und der Herabsetzung der Preise. So wurden



bis jetzt weite Gebiete des Landes befreit. Selbst US-Militärs müssen zugaben, dass die Kampftruppen der Vietkongrebellien ausgezeichnet sei und dass diese selbst unter schwierigsten Bedingungen bis zum Aussterben kämpfen, während die Regierungstruppen Kampfeslust sind und ihre Posten verlassen. Bei Nacht sind die Regierungstruppen überhaupt nutzlos. Der allgemein festzustellende revolutionäre Aufschwung in Südvietnam, ist das Ergebnis des veränderten Kräfteverhältnisses im Lande. Er findet auch seinen politischen Ausdruck in Wiedererscheinung der Revolutionären Volkspartei, der am stärksten von marxistischen Ideen beeinflussten Partei Südvietnams, die links von der F.N.L. - Nationale Befreiungsfront Südvietnams steht. Die Nationale Befreiungsfront hat am 8. Januar d.J. ihren seit drei Jahren wichtigsten illegalen Kongress in einem Ort des Landes abgehalten. Bei diesem wurde die Führung der Bewegung neu bestätigt und mit der Fortführung des Kampfes beauftragt. Es wurde auch gleichzeitig ein Revolutionskomitee gewählt, das offiziell mit der Führung des Kampfes beauftragt wurde. Der Sieg der Revolution in Südvietnam ist jetzt unaufhaltsam geworden. Trotz den vielen Milliarden Dollars, die von der USA - Imperialisten an die korrupten Regierungen Südvietnams bezahlt wurden, hat sich das Volk gegen diese gestellt. Der Volkskrieg ist heute in seine entscheidende Phase eingetreten. Der Kampf arbeitet auch in Südvietnam sichtbar gegen die USA-Imperialisten. Eine offene militärische Intervention und Annexion der Provinzen, darüber sollte es keine Zweifel geben, würde ein Eingreifen der Volksrepublik China und der Sowjetunion auslösen. Eine Forderung der Politik von General McArthur, der während des Koreakrieges die Basen der Feinde in der Volksrepublik China bombardieren wollte, könnte zu einem gefährlichen Zusammenstoß in Fernen Osten führen. Daher fordert der Volkskrieg den sofortigen Abzug der US-Truppen aus Südvietnam und den sofortigen Volkskrieg über sein Schicksal selbst zu entscheiden. Von der Forderung, Durchsetzung dieser Forderung wird es abhängen, wie die Kriegsgefahr in diesem Teil der Welt verringert werden kann.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Seigon: Nach einer Meldung der Associated Press vom 26. Januar befinden sich derzeit 26 440 Südvietnamesen in Gefangnis. Davon sind 69 oder 19 623 wegen "politischer Verbrechen" in Haft.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

"Norskweek" schrieb am 3. Februar über die Situation in Südvietnam: "Es scheint die traurige Wahrheit zu sein, daß von den 8 700 Dorfern, die durch Mörder errichtet wurden, nur sehr 30 für loyal betrachtet werden können. Die anderen waren entweder verlassen oder ernstlich durch die Kommunisten infiltriert."

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Wir möchten allen unseren Lesern, die sich näher für die Probleme des sozialistischen Aufbaus in Algerien interessieren und die französische Sprache beherrschen, die von der algerischen Regierung für ihre europäischen Freunde herausgegebene Zeitschrift "Algerie dans le Monde" empfehlen.

Bestellungen: 26, rue Ben-M'hidi-Larbi - ALGER  
Jahresabonnement: 500 alte francs



1000  
 1001  
 1002  
 1003  
 1004  
 1005  
 1006  
 1007  
 1008  
 1009  
 1010  
 1011  
 1012  
 1013  
 1014  
 1015  
 1016  
 1017  
 1018  
 1019  
 1020  
 1021  
 1022  
 1023  
 1024  
 1025  
 1026  
 1027  
 1028  
 1029  
 1030  
 1031  
 1032  
 1033  
 1034  
 1035  
 1036  
 1037  
 1038  
 1039  
 1040  
 1041  
 1042  
 1043  
 1044  
 1045  
 1046  
 1047  
 1048  
 1049  
 1050  
 1051  
 1052  
 1053  
 1054  
 1055  
 1056  
 1057  
 1058  
 1059  
 1060  
 1061  
 1062  
 1063  
 1064  
 1065  
 1066  
 1067  
 1068  
 1069  
 1070  
 1071  
 1072  
 1073  
 1074  
 1075  
 1076  
 1077  
 1078  
 1079  
 1080  
 1081  
 1082  
 1083  
 1084  
 1085  
 1086  
 1087  
 1088  
 1089  
 1090  
 1091  
 1092  
 1093  
 1094  
 1095  
 1096  
 1097  
 1098  
 1099  
 1100  
 1101  
 1102  
 1103  
 1104  
 1105  
 1106  
 1107  
 1108  
 1109  
 1110  
 1111  
 1112  
 1113  
 1114  
 1115  
 1116  
 1117  
 1118  
 1119  
 1120  
 1121  
 1122  
 1123  
 1124  
 1125  
 1126  
 1127  
 1128  
 1129  
 1130  
 1131  
 1132  
 1133  
 1134  
 1135  
 1136  
 1137  
 1138  
 1139  
 1140  
 1141  
 1142  
 1143  
 1144  
 1145  
 1146  
 1147  
 1148  
 1149  
 1150  
 1151  
 1152  
 1153  
 1154  
 1155  
 1156  
 1157  
 1158  
 1159  
 1160  
 1161  
 1162  
 1163  
 1164  
 1165  
 1166  
 1167  
 1168  
 1169  
 1170  
 1171  
 1172  
 1173  
 1174  
 1175  
 1176  
 1177  
 1178  
 1179  
 1180  
 1181  
 1182  
 1183  
 1184  
 1185  
 1186  
 1187  
 1188  
 1189  
 1190  
 1191  
 1192  
 1193  
 1194  
 1195  
 1196  
 1197  
 1198  
 1199  
 1200  
 1201  
 1202  
 1203  
 1204  
 1205  
 1206  
 1207  
 1208  
 1209  
 1210  
 1211  
 1212  
 1213  
 1214  
 1215  
 1216  
 1217  
 1218  
 1219  
 1220  
 1221  
 1222  
 1223  
 1224  
 1225  
 1226  
 1227  
 1228  
 1229  
 1230  
 1231  
 1232  
 1233  
 1234  
 1235  
 1236  
 1237  
 1238  
 1239  
 1240  
 1241  
 1242  
 1243  
 1244  
 1245  
 1246  
 1247  
 1248  
 1249  
 1250  
 1251  
 1252  
 1253  
 1254  
 1255  
 1256  
 1257  
 1258  
 1259  
 1260  
 1261  
 1262  
 1263  
 1264  
 1265  
 1266  
 1267  
 1268  
 1269  
 1270  
 1271  
 1272  
 1273  
 1274  
 1275  
 1276  
 1277  
 1278  
 1279  
 1280  
 1281  
 1282  
 1283  
 1284  
 1285  
 1286  
 1287  
 1288  
 1289  
 1290  
 1291  
 1292  
 1293  
 1294  
 1295  
 1296  
 1297  
 1298  
 1299  
 1300  
 1301  
 1302  
 1303  
 1304  
 1305  
 1306  
 1307  
 1308  
 1309  
 1310  
 1311  
 1312  
 1313  
 1314  
 1315  
 1316  
 1317  
 1318  
 1319  
 1320  
 1321  
 1322  
 1323  
 1324  
 1325  
 1326  
 1327  
 1328  
 1329  
 1330  
 1331  
 1332  
 1333  
 1334  
 1335  
 1336  
 1337  
 1338  
 1339  
 1340  
 1341  
 1342  
 1343  
 1344  
 1345  
 1346  
 1347  
 1348  
 1349  
 1350  
 1351  
 1352  
 1353  
 1354  
 1355  
 1356  
 1357  
 1358  
 1359  
 1360  
 1361  
 1362  
 1363  
 1364  
 1365  
 1366  
 1367  
 1368  
 1369  
 1370  
 1371  
 1372  
 1373  
 1374  
 1375  
 1376  
 1377  
 1378  
 1379  
 1380  
 1381  
 1382  
 1383  
 1384  
 1385  
 1386  
 1387  
 1388  
 1389  
 1390  
 1391  
 1392  
 1393  
 1394  
 1395  
 1396  
 1397  
 1398  
 1399  
 1400  
 1401  
 1402  
 1403  
 1404  
 1405  
 1406  
 1407  
 1408  
 1409  
 1410  
 1411  
 1412  
 1413  
 1414  
 1415  
 1416  
 1417  
 1418  
 1419  
 1420  
 1421  
 1422  
 1423  
 1424  
 1425  
 1426  
 1427  
 1428  
 1429  
 1430  
 1431  
 1432  
 1433  
 1434  
 1435  
 1436  
 1437  
 1438  
 1439  
 1440  
 1441  
 1442  
 1443  
 1444  
 1445  
 1446  
 1447  
 1448  
 1449  
 1450  
 1451  
 1452  
 1453  
 1454



## DIE REVOLUTION IN SANSIBAR

Am 10. Dezember verkündete Prinz Philip unter dem Dröhnen der Kanonen und einer Gewehrsalve formell die Unabhängigkeit Sansibars und beendete damit den 73 Jahre alten Status als britisches Protektorat. Der britische Union Jack wurde niedergeholt und die neue Fahne, rot mit zwei goldenen Gewürznelken in einem grünen Kreis, wurde aufgezogen. Sansibar, die kleine Insel, die den Verbrauch fast der ganzen Welt an Gewürznelken deckt, wurde das jüngste und kleinste Mitglied des britischen Commonwealth.

Am 12. Jänner wurde die Regierung, die Prinz Philip gegenüber Hausherr gespielt hatte, durch einen Aufstand gestürzt. Sultan Seyyid Jānshid bin Abdulla und Premier Scheik Hamadi flohen an Bord der Jacht des Sultans von der Insel.

Durch den plötzlichen Umsturz überrascht, konnten die Botschaftskanzleien des Westens nur Neigungen zum "Castroismus und Maoismus" feststellen.

Solidere Informationen über die Geschehnisse erhielt man von Jacques Vergès, dem Herausgeber des wöchentlichen Magazines "Révolution" erhalten. In der Ausgabe des wöchentlichen Pariser "France Observateur" vom 16. Jänner teilte er mit, daß einer der Anführer der Revolte, Mohamed Babu, jetzt eine hohe Persönlichkeit in der Regierung, ein Mitglied der Redaktion der "Revolution" sei.

Babu, der Obmann der Umma-Partei, war "vor knapp drei Monaten..." in Pariser Büro der "Révolution", "um die Entwicklung der Zeitschrift mit uns zu diskutieren. Heute hat er "die Pflichten eines Ministers des Inneren und der Verteidigung in der revolutionären Regierung übernommen."

"Auf dieser Insel mit rund 400 000 Einwohnern", setzte Vergès fort, "die jetzt als die Hoffnung von ganz Ostafrika erscheint, sind die schwerwiegenden Probleme konzentriert, auf deren Lösung die afrikanischen Völker ungeduldig warten. Die Errungenschaften der Unabhängigkeit, der nationalen Würde eröffnen den Kampf gegen die Unterernährung, die Arbeitslosigkeit, die Privilegien, die eine Minorität besitzt und gegen die Monopolisierung des Bodens. In allen diesen früheren Kolonien ist keine dauerhafte Lösung dieser Probleme überzeugend, die nicht die wirtschaftliche und soziale Struktur auf den Kopf stellt."

"Nachdem im letzten Monat die Unabhängigkeit garantiert wurde, wurde die Insel Sansibar durch eine konstitutionelle Monarchie regiert, die sich auf eine Minderheit von Grundbesitzern und die Protektion des britischen Imperialismus stützte. Die landbesitzende Aristokratie unterdrückte die oppositionellen Parteien mit Gewalt. Die Umma- (Volks-)Partei wurde für illegal erklärt. Ihr Führer, Mohamed Babu, wurde wegen "subversiver Tätigkeit" gesucht."

"Warum war die Umma-Partei die Zielscheibe der feudalen Gewalt? Weil sie von allen Parteien der Insel das klarste und präziseste Programm besaß und unter anderem eine Landreform und den Kampf gegen die Grundbesitzer forderte. Sie entstand aus einer Spaltung der nationalistischen Partei von Sansibar, die ihre Basis in gewissen Teilen der Landbevölkerung, in der arabischen Intelligenz, in wichtigen Teilen der Arbeiterklasse und der kleinen Bourgeoisie in den Städten hatte und wurde eine politische Kraft, deren Einfluß überwiegend in den mächtigen Gewerkschaften der Insel lag. Während die nationalistische Partei von Sansibar nach der Spaltung eine Partei der Feudalisten und von den Massen verlassen wurde, stärkte die Umma-Partei ihre Positionen, schloß unter anderem ein Übereinkommen mit der Afro-Shirazi Partei, die sich auf die afrikanische Majorität der Bevölkerung stützte und die den entscheidenden Schritt zu einer Unabhängigkeit tat, die nicht nur nominell und von wenigen privilegierten Schichten konfisziert ist.

"Unter der Führung von Mohamed Babu verließ die Linke, die kämpferischsten und populärsten Kader, die nationalistische Partei von Sansibar und bilde-



te die Umma-Partei auf der Basis einen klaren antifeudalen und anti-imperialistischen Programms. Die Umma-Partei war die erste, die unter einer Bevölkerung mit moslemitischer Tradition für die Gleichheit von Mann und Frau und die Abschaffung des Schleiers eintrat und die erste populäre Frauenvereinigung gründete. Wenn es ihr heute möglich ist, die Früchte des Sieges mit der Afro-Shirazi Partei zu teilen, dann deshalb, weil sie fähig war, sich in den Massen als eine unabhängige politische Organisation, die für ihr eigenes demokratisches und antiimperialistisches Programm kämpft, zu verwurzeln. Sie ist also die revolutionäre Partei, die fähig ist, die Bedeutung der demokratischen Revolution in Sansibar zu verstehen und diese Revolution mit dem Klassenkampf auf afrikanischer und internationaler Ebene in Zusammenhang zu bringen..."

"In Sansibar wurde der "konstitutionelle" Weg viele Male von allen Parteien, einschließlich der Umma-Partei, versucht. Aber die Wahlen wurden so manipuliert, daß die Afro-Shirazi und die Umma-Partei jedesmal zugunsten der nationalistischen Partei von Sansibar und der Sansibar und Pemba Volks-Partei besiegt wurden, die beide von den Grundbesitzern beherrscht werden, den Herren der großen Gewürzplantagen (80% der Weltproduktion), und die sich den Interessen der Imperialismus unterordnen. Es könnte, von diesem Gesichtspunkt gesehen, gesagt werden, daß das Volk von Sansibar die Erfahrungen des Neokolonialismus zu machen hatte, sogar bevor die Unabhängigkeit gewährt wurde. Nachdem die Möglichkeiten der friedlichen Entwicklung der Revolution erschöpft waren, war es nötig, das Volk für die "Kritik mit den Waffen" vorzubereiten, also die Eroberung der Macht auf dem Wege des bewaffneten Aufstandes. Warum sollte man nicht das Beispiel Sansibars mit, z.B. Venezuela vergleichen, wo der amerikanische Imperialismus Wahlen nur veranstaltet, um seine Agenten an die Macht zu bringen und dadurch seine Herrschaft durch Strohmänner fortsetzen kann?"

"Andererseits kann eine Revolution nicht ohne die Unterstützung der Massen entstehen, ohne die Bevölkerung als Ganzes, allen voran die arme Landbevölkerung, um demokratische Prinzipien zu sammeln. Eines der Geheimnisse der Kraft und des Einflusses der Umma-Partei besteht in ihrer Fähigkeit, den Gegensatz zwischen den Rassen, den Arabern und den Afrikanern zu beseitigen und das national-demokratische Problem auf das Niveau des Klassenkampfes zu bringen..."

"Die Volkserhebung in Sansibar ist eine Hoffnung für alle jene, die noch immer unter der Knute der kolonialen Herrschaft leben. Die Eroberung wirklicher nationaler Unabhängigkeit ist eine Möglichkeit, die durch ununterbrochene Mobilisierung der Massen durch die Existenz und Tätigkeit einer starken revolutionären Partei, die letzten Endes die Beziehungen, die die demokratischen und sozialistischen Bestrebungen dialektisch vereinigen, erkannt hat und die fähig ist, Bündnisse zu schließen ohne prinzipielle Konzessionen zu machen und ihre Autorität in der nationalen Bewegung konsolidiert, realisiert wurde."

"Die ausländische Presse hat die Tatsache betont, daß die Insel Sansibar nur ein paar Dutzend Kilometer von der Küste Ostafrikas entfernt liegt. Aber nicht wegen der Entfernung mißt man die Einschütterungen der Volkserhebung von Sansibar auf die anderen Länder Afrikas. Sansibar kann durch seine Ausstrahlung und die Tiefe der sozialen Umwälzung ein Beispiel für die Völker Afrikas werden. Deswegen wird es bedroht und deswegen wird schon jetzt Druck auf das Land ausgeübt. Solidarität mit der Revolution in Sansibar! Die muß die Parole aller Demokraten auf der ganzen Welt sein."

1) Jacques Verges war früher der Chefredakteur der algerischen Wochenschrift "Revolution Africaine", wurde aber im Sommer vorigen Jahres wegen seiner allzu betont prochinesischen Haltung von diesem Posten entfernt und gibt nun in Paris die Zeitschrift "Revolution" heraus, die als europäisches Zentrum der Prochinesen gilt.



WEITERE IRRUNGEN WIRRUNGEN

Werter Genosse R.S.!

Als Verfasser des Artikels "Irrungen-Wirrunen" freut es mich außerordentlich, daß dieser sie so in Staunen versetzt hat, daß Sie nicht umhin konnten, darauf eine Erwiderung zu verfassen, die länger ist, als der ursprüngliche Artikel. Da ich nun bereits nach dem Erscheinen meines Beitrags und erst recht nach der Lektüre Ihrer Argumente zur Einsicht gelangt bin, daß der Hauptfehler meines Artikels darin liegt, daß er nicht von allem Anfang an länger war, als Ihre Erwiderung, bitte ich Sie mir zu gestatten, einige vielleicht unklar ausgedrückte Gedanken zu verdeutlichen und meinerseits Ihre Argumentation einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Es ist völlig klar, und ebenso kommt es auch in meinem Artikel zum Ausdruck, daß eine revolutionäre Partei, deren Programm den Sturz der Bourgeoisie zum Ziel hat, sich unmöglich mit derselben Bourgeoisie auf einen Tisch setzen kann. Wenn eine proletarische Partei eine Regierungskoalition mit dem Klassenfeind eingeht, beweist sie allein schon dadurch, daß sie keine revolutionäre Partei mehr ist.

Da die SPÖ gemeinsam mit der ÖVP, der Partei der österreichischen Bourgeoisie, die österreichische Regierung bildet, kann man allein daraus erkennen, daß sie keine revolutionäre Partei mehr ist. Und sie kann auch niemand vorspiegeln (selbst wenn sie es wollte), daß sie eine revolutionäre Partei sei; jeder Marxist weiß und sieht ganz klar, was er von der SPÖ zu halten hat.

In der Ersten Republik war das nicht so einfach. Wie Sie selbst schreiben und ich in meinem Artikel leider nicht klar genug festgestellt habe, konnten die scheinlinken Manöver der SP damals die revolutionären Arbeiter täuschen und zum Schluß noch die Kapitulation des 12. Februar 34 als revolutionäre Tat ausgeben. Wenn auch die Form des Verhältnisses der österreichischen Sozialdemokratie zum Klassenfeind sich durch den Austritt der Partei aus der Regierung geändert hatte, der Inhalt war der gleiche geblieben. Statt dem Kampf in Richtung auf die Macht, wurde der Kampf auf Reformen beschränkt. Und so "belebt" der Klassenkampf durch diese und nach dieser Änderung auch geworden war, blieb die reformistische Partei dennoch reformistisch und diente den Interessen des Privateigentums in der Opposition nur umso besser, da sie der Bourgeoisie die Sorge wegen der revolutionären Tendenzen in der Arbeiterklasse abnahm, da diese nur durch die scheinlinke Politik der Partei gehalten werden konnten und im Schatzband sektiererisch kanalisiert wurden. Selbst eine damals noch nicht entartete KP war infolge dieser Politik bedeutungslos. Am Beispiel der SP in der Ersten Republik sieht man also, daß eine einmal entartete Arbeiterpartei auch dann nicht wieder revolutionär wird, wenn sie gezwungen ist, ihre Stellung im Überbau zu verändern. Sie kann demagogisch der Stimmung der Massen entgegenkommen, aber zu einer revolutionären Konsequenz wird sie sich unter keinen Umständen entschließen.

Im politischen Geschehen der Zweiten Republik scheint sich nun heute ein Wechsel vorzubereiten. Die Koalition scheint festgefahren zu sein, die KP sucht nach neuen Wegen, verschiedene Möglichkeiten zeichnen sich ab, zu denen sich die Linke äußern muß. Aber sie darf es nicht tun, als betrachte die die SP als unbestrittene, leider etwas abgeirrte Führung der Arbeiterklasse, und also untersuchen, welche Möglichkeit der Partei am meisten nützt, sondern sie muß untersuchen, was der Arbeiter-



Klasse und dem Sozialismus auf lange Sicht nützlich ist.

Für die SP gibt es drei Möglichkeiten:

- 1) Sie geht freiwillig oder gezwungen in die Opposition: Das bedeutet entweder getarnte und die revolutionären Arbeiter betragende reformistische Politik, oder das Winseln um ein paar Ministersesselschen, das bereits aus Westdeutschland so mißtonend zu uns herüberschallt.
- 2) Sie setzt die verräterische, offen reformistische Politik der Koalition mit der ÖVP fort, auf die die österreichische Innenpolitik nun einmal eingespielt ist, und richtet im revolutionären Bewußtsein der Arbeiterschaft nicht mehr Schaden an, als sie schon angerichtet hat. Eine leicht aggressive Tonart, die sich bereits abzeichnet, könnte eine gewisse Auflockerung der starren Fronten bringen.
- 3) Die SP setzt sich mit den Kryptofaschisten in ein Boot, stützt dadurch den austrofaschistischen Flügel der ÖVP gegenüber dem demokratischen, (was gewisse Kreise in der SP im Hinblick auf diese Politik ohnehin schon tun, um die Partei auf diesen Kurs zu zwingen), wertet die Nazifaschisten entsprechend auf, geht dabei moralisch und politisch pleite und bereitet konkret die Diktatur der vereinigten Faschismen vor, wofür die EWG den äußeren Rahmen und Schutz liefern wird.

Mir persönlich erscheint die zweite Möglichkeit als am wenigsten unheilvoll für die Arbeiterklasse. Im linken Flügel können keine Illusionen durch scheinlinke Manöver der Parteiführung erweckt werden. Die Marxisten in der Partei können sich darauf vorbereiten, sich sobald ihnen eine Änderung in den ökonomischen oder voltpolitischen Verhältnissen eine Massenbasis verschafft, sich von der verräterischen Führung zu trennen. Das ist die Konsequenz, die sich aus meiner Argumentation ergibt, und das ist die Linie, für die heute die linken Kräfte kämpfen sollten.

Ich glaube nicht, daß meine Beurteilung sich aus einer Panikstimmung ergibt. Vielleicht ist die Kampfkraft und ist die Situation der Arbeiterklasse in meinem Artikel zu schwarz gezeichnet. Aber meine Analyse ist keineswegs pessimistisch.

Als historische Materialisten müssen wir uns zu einer realistischen Einschätzung der Lage durchringen, egal ob es gut oder schlecht um unsere Sache steht. Romantische Idealisierung wird leicht kitschig, wenn nicht gar unbewußt zum magischen Mystizismus.

K.S.

oooooooooooooooooooo

=====

Eigentümer, Herausgeber und Verleger, für den Inhalt verantwortlich:  
Friedrich V a n d u r a , Wien II., Zangerthstraße 200.

Eigene Vervielfältigung.

Bestellungen und Zuschriften an: Postamt WIEN 33, Postfach 34

Zahlungen und Spenden an Postscheckkonto Nr. 42.897,  
Friedrich Vandura WIEN

=====

"der Klassenkampf" P. b. b.

WIEN 33, Postfach 34

Verlagspostamt WIEN 27  
Erscheinungsort Wien